

Protokoll
über die 11. öffentliche Sitzung des Behindertenbeirates der Landeshauptstadt Schwerin am 15.11.2016

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin; Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzende

Stoof, Angelika

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Hoellger, Sylvia

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Dittner, Erika

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret
Brill, Peter
Brunst, Rainer
Fittje, Cornelia
Kellputt, Elke
Niebergall-Sippel, Karin
Raasch, Gabriele
Riemer, Verena
Roettig, Anke
Spieß, Uwe
Spitzer, Katja

stellvertretende Mitglieder

Altus, Kathleen
Klinke, Klaus
Krempin, Mathias
Lohrke, Peter
Marksteiner, Klaus

Gäste

Beyes, Torsten

Birte, Ute
Brockmann, Martina
Brockmann, Mathias
Gosche, M.
Kloth, O.
Schnabel, Simone

Leitung: Angelika Stoof

Schriftführer: Daniela Wauschkuhn

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung, Bestätigung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 10. Sitzung vom 13.09.2016
3. Teilhabe für Menschen mit einer geistigen Behinderung
4. Berichte aus den Ausschüssen und Arbeitsgruppen
5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Begrüßung, Bestätigung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Vorsitzende des Behindertenbeirates der Landeshauptstadt Schwerin, Angelika Stoof, eröffnet die 11. öffentliche Sitzung des Behindertenbeirates.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 10. Sitzung vom 13.09.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift der 10. Sitzung vom 13.09.2016 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 **Teilhabe für Menschen mit einer geistigen Behinderung**

Bemerkungen:

Mitglieder der Lebenshilfe Schwerin e.V. haben persönlich zu folgenden Themen Stellung genommen:

1. Ausbildung und Beruf
2. Wohnen
3. Kultur, Freizeit und Sport
4. Gesundheit und Pflege
5. Mobilität
6. Miteinander Reden und Handeln

Die Schule wurde von den Menschen mit Behinderungen positiv gesehen. Es fehlen aber Kursangebote, damit Gelerntes nicht wieder vergessen wird oder die vorhandenen Kurse sind zu spät am Abend.

Viele möchten gerne weiter in der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen arbeiten, weil sie dort ihre Freunde haben. Die Arbeit sei aber teilweise auch anstrengend und man könne sich den Arbeitsbereich nicht aussuchen.

Ein sehr großes Problem für alle ist die „Entlohnung“ der Werkstattmitarbeiter. Da alle zusätzlich zu ihrem Entgelt (z.B. bei den Dreescher Werkstätten) noch Leistungen zur Grundsicherung für Menschen mit einer Behinderung erhalten, haben sie nichts von Lohnerhöhungen oder Weihnachtsgeld, da diese Leistungen immer angerechnet werden.

Des Weiteren machen die Betroffenen deutlich, dass es immer mehr Probleme im Bereich Wohnen gibt. So zum Beispiel besteht die Gefahr, dass sie als Rentner die Wohngruppe verlassen und ins Pflegeheim ziehen müssen. Es gibt derzeit auch zu wenige Plätze in den Wohnstätten. Die Betreuung in einer eigenen Wohnung wird für Menschen mit einem gewissen Hilfebedarf nicht genehmigt. Aus diesem Grund müssen mehr Menschen in Wohnstätten und Außenwohngruppen betreut werden.

In den Außenwohngruppen haben die Bewohner keinen Einfluss darauf mit, wem sie zusammen leben, wodurch Probleme entstehen können.

Bewohner einer Wohnstätte und der Außenwohngruppen erhalten nur ein geringes monatliches Taschengeld, auch wenn sie Vollzeit in der Wohnform für behinderte Menschen tätig sind. Davon müssen z.B. auch Freizeitgruppen, Ausflüge, Kleidung und sonstiger Bedarf finanziert werden.

Sehr gerne würden die Betroffenen auch mehr Sport machen. Dies ist aber nur in

gewissen Grenzen möglich. Werkstattmitarbeitern und besonders den Bewohnern der Wohnstätten und Außenwohngruppen fehlen die finanziellen Mittel für Freizeitaktivitäten.

Für die Wege und die Freizeitangebote werden Ehrenamtliche benötigt, die von den Teilnehmern mitfinanziert werden müssen.

Viele der Gäste berichteten, dass es ihnen schwer fällt, unbekannte Wege zu bewältigen.

Viele haben Angst, wenn sie im Dunkeln auf dem Dreesch oder auf dem Marienplatz unterwegs sind.

Am Ende des Vortrages berichten die Betroffenen, von verschiedenen Situationen, in denen sie Hilfe benötigen, aber nicht ausreichend erhalten. Die Situation sei besonders in der Stadtverwaltung oft problematisch. Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen fühlen sich oft nicht ernst genommen oder sogar schlecht behandelt.

Sie haben den Eindruck, dass ihnen teilweise wissentlich die Unwahrheit gesagt wird.

Dieses wird auch von anderen Mitgliedern des Behindertenbeirates bestätigt.

Schwierig können auch Arztbesuche oder auch Krankenhausaufenthalte sein.

Hier sind geistig behinderte Menschen oft auf Begleitung und Unterstützung angewiesen, weil gerade in der Medizin kaum einfache Sprache verwendet wird und für die Patienten nicht genug Zeit zur Verfügung steht.

Probleme gibt es auch, wenn sie im Alltag Hilfe rufen müssen. Viele trauen sich nicht, Polizisten anzusprechen oder telefonisch Hilfe zu rufen.

Nachdem die Gäste die Sitzung verlassen haben, entbrannte eine Diskussion darüber, wo die Probleme liegen und was der Behindertenbeirat dagegen tun kann.

Probleme entstehen nach Hinweisen von Karin Niebergall-Sippel und Cornelia Fittje in der Landeshauptstadt Schwerin derzeit häufig bei der Bewilligung von Leistungen, insbesondere beim Umfang, bei der Vergütung und bei der Bearbeitungsdauer von Anträgen.

Wichtige gesetzliche Grundlage für die Bewilligung von Leistungen ist neben der Eingliederungshilfe für Behinderte nach § 53 SGB XII auch das Gesetz des Landes Mecklenburg- Vorpommern zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Landesausführungsgesetz SGB XII – AG- SGB XII M-V). Der KSV (Kommunaler Sozialverband) handelt mit den einzelnen Träger die Leistungen aus und die Kommune entscheidet dann im Einzelfall, wer was bekommt. Genau hier liegt nach Aussage von Katja Spitzer, Karin Niebergall-Sippel und Cornelia Fittje das Problem. Die Stadt bewilligt eindeutig zu wenig und einzelne Anträge haben zwischenzeitlich eine Bearbeitungsdauer von über einem Jahr, wobei im Anschluss die Hilfen häufig nur für wenige Wochen oder Monaten bewilligt werden.

Der Vorstand bittet darum, dass Katja Spitzer eine Aufstellung mit allen offenen Anträgen und dem Datum des Einreichens an den Behindertenbeirat per Mail schickt. Es soll dann gezielt mit einer Anfrage geklärt werden woran es liegt.

Des Weiteren wird von den Mitgliedern darum gebeten, sich einen Fachmann zum Thema Sozialrecht einzuladen, um sich informieren zu lassen, welche Rechte Menschen mit einer Behinderung haben.

Gabriele Raasch schlägt Reinhard Hinz vor, welcher als ehrenamtlicher Richter beim Sozialgericht Schwerin tätig ist.

Der Vorstand wird mit ihm Kontakt aufnehmen und fragen, ob er bei der Beiratssitzung im Juni zum Thema Sozialrecht sprechen kann.

zu 4 **Berichte aus den Ausschüssen und Arbeitsgruppen**

Bemerkungen:

Kultur, Gesundheit und Bürgerservice

Sylvia Hoellger berichtet darüber, dass der Oberbürgermeister sich beim letzten Ausschuss in seiner Funktion als Kulturdezernent vorgestellt hat. Des Weiteren wurde der Antrag des Behindertenbeirats zur Erstellung eines Konzeptes zur Einrichtung eines psychosozialen Krisendienstes beraten und einstimmig beschlossen.

Außerdem wurde der Entwicklungsplan für das Freilichtmuseum Muesse vorgestellt. Anders als von den Antragstellern gewünscht, konnte sich der Ausschuss nicht zu einer Entscheidung bereits in der Sitzung entscheiden.

Arbeitsgruppe Kinder und Jugend sowie Arbeitsgruppe Soziales

Elke Kellputt berichtet von der letzten Übereinkunft. Aufgrund des schlechten Wetters konnten viele Mitglieder den Termin nicht wahrnehmen. Es wurde beschlossen, die Arbeitsgemeinschaften „Kinder und Jugend“ und „Soziales“ themenabhängig zusammen arbeiten zu lassen. Die Gruppe wird sich 4x im Jahr treffen.

Das nächste Treffen wird am 14.02.2017 um 17:00 Uhr im Stadthaus, Raum 2.078 stattfinden.

Bauen, Wohnen und Verkehr

Erika Dittner berichtet über die aktuellen Geschehnisse im Ausschuss und in der Arbeitsgruppe. Im Ausschuss wurde u.a. das Unterhaltungskonzept für Nebenanlagen vorgestellt. Der Behindertenbeirat hat sich mit der Bitte um Klärung bezüglich des versperrten Weges zur Reppiner Burg und wegen der Parkplatzsituation in Krebsförden an den Ausschuss gewandt. Es konnte Abhilfe geschaffen werden. Aktuell wird der Antrag zum Umbau der Schwimmhalle in Lankow und bei der Carl-Fleming-Klinik bearbeitet.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Bauen wünschen sich regelmäßigeres Treffen der Gruppe und eine intensivere Einbeziehung in die Arbeit der Arbeitsgruppe. Dieses Anliegen wird an Michael Bremer weitergeleitet.

Bildung, Sport und Soziales

Dem Antrag des Behindertenbeirates „Konzept zur Sicherstellung der Hilfe in psychosozialen Notlagen (Krisennotdienst)“ Drucksache 00784/2016 wurde im Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice und im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales einstimmig zugestimmt.

Der Vorlage 00852/2016 „Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Schwerin wurde im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren berichtet Frau Fittje kurz über die neue Satzung der Schwimmhalle.

zu 5 **Sonstiges**

Bemerkungen:

Der Behindertenbeirat nimmt seit kurzen an den regelmäßigen Veranstaltungsrunden teil, um schon im Vorfeld die Veranstalter für das Thema Barrierefreiheit zu sensibilisieren. Des Weiteren wurde und wird der Beirat aktiv in die Umsetzung des Stadtvertreterbeschlusses „Barrierefreie Großveranstaltungen“ eingebunden.

Herr Erdmann, Geschäftsführer der LGE Mecklenburg-Vorpommern GmbH, war beim Vorstand zu Gast und hat über seine Arbeit berichtet. Leider wurde bis jetzt noch keine Einigung bezüglich der Treppe in den Waisengärten erreicht.

Angelika Stooß berichtet den Anwesenden, dass dem Behindertenbeirat sowohl die beantragten Gelder beim Spendenparlament bezüglich der Anschaffung eines Messestandes inkl. zwei Barhocker als auch die Gelder bei der Sparkasse zur Finanzierung des Workshops zum Thema „Barrierefreies Bauen“ bewilligt wurden.

Am 21.11.2016 wird in der Stadtvertretung der Lokale Teilhabeplan der Landeshauptstadt Schwerin zur Abstimmung vorgelegt. Angelika Stooß würde sich freuen, wenn so viele wie möglich vom Behindertenbeirat an diesem Termin anwesend sein könnten. Ebenfalls wird über den Antrag des Behindertenbeirates zur Erstellung eines Konzeptes für einen psychosozialen Krisendienst abgestimmt.

Angelika Stooß stellt den Anwesenden einen geplanten Antrag des Behindertenbeirates vor. Ziel des Antrages ist es zu erreichen, dass barrierefreie Wohnungen der WGS vorrangig an Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung vergeben werden. Peter Brill schlägt einige Veränderungen im Text vor, was auf allgemeine Zustimmung trifft.

Beschluss:

Der Behindertenbeirat wird den Antrag „vorrangige Vergabe von barrierefreien Wohnungen im sozialen Wohnungsbau an Menschen mit Behinderung“ bei der Stadtvertretung am 12.12.2016 einbringen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	1

gez. Angelika Stooß

Vorsitzende/r

gez. Daniela Wauschkuhn

Protokollführer/in